

Familienversorgungsfonds lebten viele nahe am Existenzminimum.

1923 kam es zwischen dem Freistaat Bayern und Wittelsbach, dem einstigen Herrscherhaus, zu einem Finanzausgleich. 1926 zahlte der preußische Staat den Hohenzollern 30 Millionen Reichsmark. Nicht so Österreich.

Es beharrte auf dem Standpunkt Karl Renners, die Enteignung sei der Herrscherfamilie als „Werk der Sühne für einen mutwillig vom Zaun gebrochenen Krieg“ auferlegt worden und könne daher unmöglich rückgängig gemacht werden.

1935 schließlich, als der christlich-soziale Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg einlenkte und die Gründung eines neuen Familienfonds verfügte, war es zu spät. Ehe die Habsburger den wiedererlangten Besitz nutzen konnten, marschierte Hitler in Österreich ein. Ein Nazigesetz vom März 1939 enteignete sie zum zweiten Mal.

Auch in den fast fünf Jahrzehnten, die seither vergangen, ist nichts Entscheidendes geschehen. Keiner der inzwischen ergrauten Habsburg-Anwälte hat die Österreicher zum Zahlen gebracht.

Geändert hat sich allenfalls die Zahl der theoretisch Berechtigten. Bei Berücksichtigung der inzwischen üblich gewordenen Gleichstellung von Männern und Frauen, ehelichen und unehelichen Kindern, könnten es heute statt der ursprünglichen 124 rund 500 Personen sein.

Haus-Chef Otto verfolgte die Vermögensfrage bislang nicht. Ihm ging es zunächst darum, den noch immer Habsburg-feindlichen österreichischen Sozialisten statt des Geldes die Einreiseerlaubnis abzutrotzen.

„Wir waren der Meinung, daß die ohnehin aussichtslose Vermögensforderung unserer Sache mehr schaden als nützen würde“, erinnert sich Anwalt Bitschnau.

Heute erübrigen sich solche Rücksichten. Die Landesverweisung der Habsburger ist weitgehend hinfällig geworden. Chef Otto, bei Starnberg ansässig und hauptberuflich Europa-Parlamentarier für die CSU, gab die geforderte Verzichtserklärung ab und durfte das Land seiner Väter wieder betreten, sogar Ex-Kaiserin Zita besuchte Österreich 1982. Ottos Kinder und das Gros der Verwandtschaft sind gemäß einem Bescheid des Verwaltungsgerichtshofs aus dem Jahr 1980 davon befreit, weil sie als Nachgeborene nicht mehr zum „Hause Habsburg-Lothringen“ zählen – dieses hat ja de jure am Geburtstag der Republik aufgehört zu existieren.

Auch juristisch scheint sich nun erstmals ein gangbarer Weg aufzutun, um „die Verewigung des Unrechts von 1919



Habsburgerschloß Laxenburg bei Wien: „Raub des Jahrhunderts“



Erzherzog Carl Ludwig  
28 Milliarden Mark von der Republik?

zu stoppen“ (Bitschnau). Neue Gutachter meinen, das Habsburger-Gesetz widerspreche sowohl dem Friedensvertrag, den die Kriegsgegner mit dem besiegten Österreich 1919 in St. Germain schlossen, wie der Europäischen Menschenrechtskonvention. In deren Zusatzprotokoll Nummer 1 steht ausdrücklich, daß „niemandem sein Eigentum entzogen werden“ darf.

Erzherzog Carl Ludwig hält die Vermögensbeschlagnahme von Anfang an für rechtswidrig. „Wenn es gar nicht anders geht“, möchte er die in seinen Augen säumige Republik mit Hilfe des Straßburger Europäischen Gerichtshofs zum Zahlen zwingen.

Am Ende dürfte sich dann allerdings herausstellen, daß der Streit um des Kaisers Habe eigentlich nur ein Prinzipienstreit war.

Erzherzog Carl Ludwig kennt sehr wohl die beschränkte Finanzkraft des ohnehin schwer verschuldeten Österreich. Mit der vollen Entschädigungssumme, die sich inklusive der vorenthaltenen Erträge von 67 Jahren auf gute 28 Milliarden Mark hochrechnet, wäre die Donarepublik völlig überfordert.

Hermann A. Griesser glaubt zu wissen, daß die Habsburger inzwischen mit 100 Millionen Mark zufrieden sind.

## JAPAN

### Wird eng

**Krisenstimmung in Japan: Der Höhenflug des Yen scheint unaufhaltsam – verblaßt nun das Exportwunder?**

Japans Wirtschaftslenker sehen sich neuerdings von Feinden umstellt. Einen „Währungskrieg“, empören sich Beamte des Tokioter Finanzministeriums, würden die Ausländer gegen sie führen. Einer „Folter“ sei sein Land ausgesetzt, sagt Eishiro Saito, Spitzenfunktionär des Industrieverbands Keidanren.

Die Japaner, über Jahrzehnte hinweg die Aggressoren auf allen Weltmärkten, fühlen sich auf einmal in der Defensive. Zum ersten Mal, seit die Japaner damit begannen, die Märkte in den USA und in Europa mit Autos und Videorecordern, mit Werkzeugmaschinen und Computer-Chips zu überschwemmen,



**Japanische Import-Autos in den USA:** Mit dem schwachen Dollar schmelzen die Erlöse dahin

men, prallt die Exportflut gegen einen Damm.

Die Wende wurde Ende September vorigen Jahres im New Yorker Plaza-Hotel eingeläutet. Auf Drängen der Amerikaner verständigten sich damals die Finanzchefs der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der Bundesrepublik und Japans auf eine beispiellose konzertierte Aktion: Die Fünfergruppe beschloß, den Dollar nach unten und vor allem den seit langem unterbewerteten Yen nach oben zu drücken.

Mit „kühnen Schritten“, beteuerte damals Japans Finanzminister Noboru Takeshita, werde sein Land dabei sein. Acht Monate später ist der in New York bekundete Wagemut der Japaner in Angst und Schrecken umgeschlagen.

Der Kurs der japanischen Währung zog seit dem New Yorker Treffen steil

nach oben. Gegenüber dem Dollar verteuerte sich der Yen um rund 50 Prozent, gegenüber der Mark ist er gut ein Zehntel mehr wert als im September vergangenen Jahres (siehe Graphik).

Für Japans Exporteure bedeutet dies: Sie müssen ihre Preise im Ausland entsprechend anheben; oder sie müssen sich, wenn das nicht durchsetzbar ist, mit geringeren Yen-Erlösen abfinden.

Die Aufwertung sei „zu schnell“ gekommen, wehklagt nun Regierungschef Yasuhiro Nakasone. Tokios Notenbankchef Satoshi Sumita äußert „starke Besorgnis“, und Michio Watanabe, Chef des mächtigen Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (Miti), sieht bereits die Zeit für „Notstandsmaßnahmen“ gekommen.

Wie einst nach der ersten Ölkrise von 1973/74, als die Preisexplosion für den

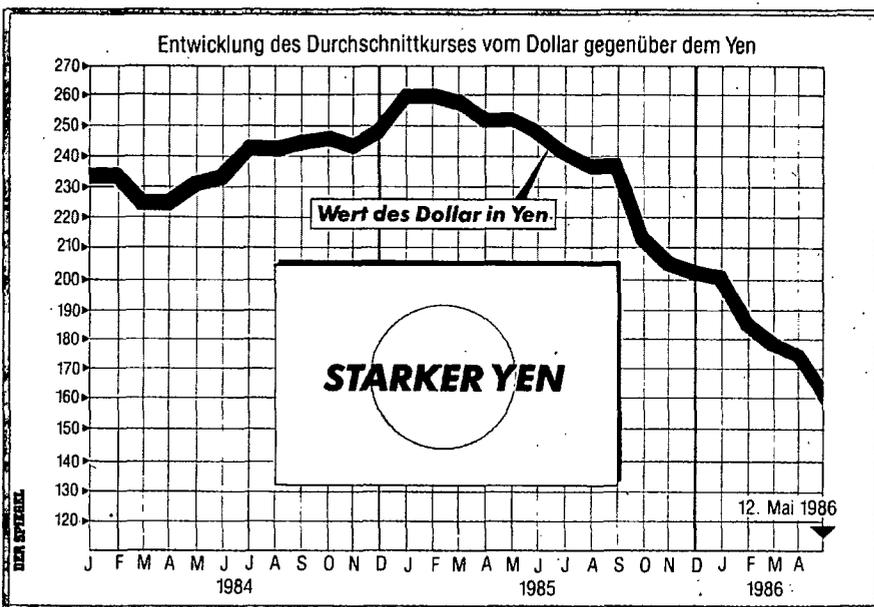
Energierohstoff Japans Rekordwachstum jäh bremste, kursiert auch jetzt wieder in den Chefetagen der Unternehmen das Wort vom „shokku“ – vom Schock, der die Wirtschaft zu lähmen drohe.

Kaum verhaltene Wut der Unternehmens-Führer bekommt nun Regierungschef Nakasone zu spüren. Entgegen den Erwartungen im Lande war es Nakasone auf dem Wirtschaftsgipfel Anfang Mai in Tokio nicht gelungen, die Kollegen aus den übrigen vier großen Industriestaaten zu einem Bremsmanöver zugunsten des Yen zu bewegen. „Ich bin sehr unzufrieden“, sagte Takashi Ishihara, Vorsitzender der angesehenen Unternehmer-Vereinigung Committee for Economic Development.

Allzusehr hatten sich Japans Manager über die Jahre daran gewöhnt, daß ein schwacher Yen ihnen das Exportieren leicht machte. Denn so überzeugend gewiß viele Produkte made in Japan sind, so überlegen sich japanische Technik auf manchen Gebieten zeigte – ein gut Teil des japanischen Exportwunders lag auch in einem dauerhaft unterbewerteten Yen begründet.

Geradezu absurde Auswüchse zeigten sich in den letzten zwei Jahren. Die Japaner tätigten Rekordverkäufe in den USA, die Amerikaner wurden kaum etwas in Japan los (siehe Graphik Seite 156). Im vorigen Jahr verzeichneten die USA im Handel mit Japan ein Alptraum-Defizit von über 46 Milliarden Dollar.

Nun müssen sich Japans Manager auf halbwegs normale Währungsparitäten umstellen, und das ist hart. Im April setzten die Japaner in Yen gerechnet 17 Prozent weniger im Ausland ab als im gleichen Monat des Vorjahres. Erstmals seit zwei Jahren lagen die Ausfuhren auch der Menge nach unter dem Vorjah-



**SPIEGEL-Bücher:  
Präzise Informationen  
zu Themen der Zeit.**



**SPIEGEL-BUCH** Nr. 71 DM 20,-



**Wer erreichbar ist,  
erreicht auch mehr.**



**tiptel®  
Anrufbeantworter.**

Von Europas führendem Hersteller von Telefon-Computern, Der tiptel-Anrufbeantworter. Modernste Technologie und eine vielseitige, zukunftsorientierte Funktionalität machen ihn zu einem elektronischen Präzisions-Gerät mit erstaunlichen Möglichkeiten. Was das in Zukunft für Sie bedeuten kann, sagen wir Ihnen gern.

Wir bringen die Zukunft ins Gespräch:  
Tiptel Electronic GmbH, Halskestraße 14,  
4030 Ratingen 1, Telefon 02102/47 00 31,  
Telex B 585 209 tipd

resstand. Die großen Handelshäuser meldeten einen Order-Rückgang aus dem Ausland um über neun Prozent.

Die Preise für japanische Maschinen, für Elektronik und Stahl stiegen in den USA um bis zu 20 Prozent. Verzweifelt bemühten sich die Japaner, die Preise für ihre Konsumgüter so gering wie möglich zu erhöhen, um ihre Marktanteile zu verteidigen. Das aber geht zu Lasten der Gewinne.

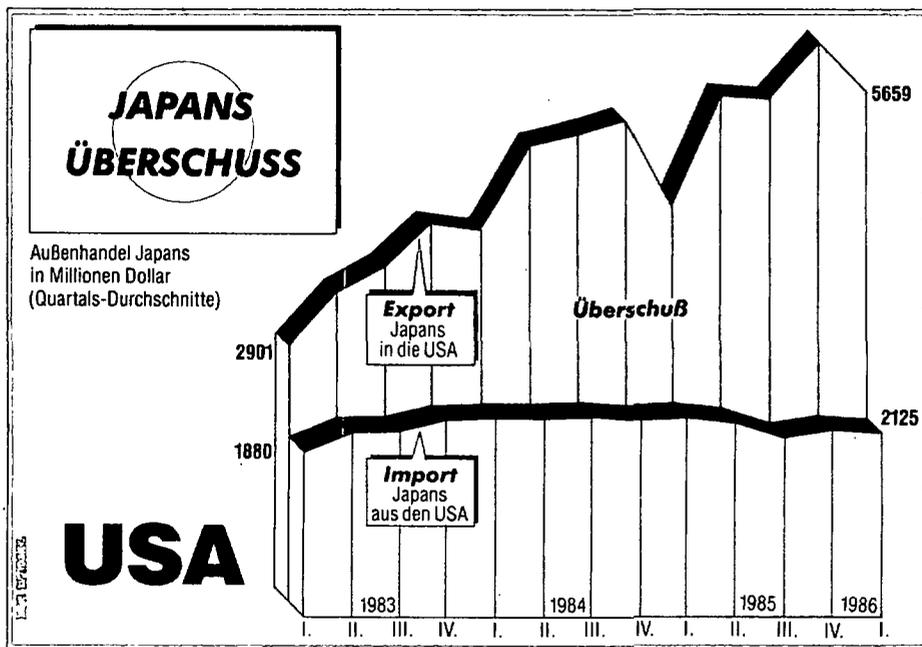
Für das Geschäftsjahr 1986 rechneten die Manager der großen Exportunternehmen Gewinneinbußen hoch, die – bleibt es beim derzeit hohen Kursstand für den Yen – von 52 Prozent bei Nissan Motor bis zu 20 Prozent beim Kamera- und Bürogeräte-Konzern Ricoh reichen.

Toyota-Manager rechneten vor, daß die Yen-Aufwertung allein in den letzten

wird die Kalkulation jetzt eng. Vor kurzem noch hatte Finanzminister Takeshita verkündet, mit einem Kurs von 190 Yen für den Dollar könnten Japans Unternehmer leben. Er war dafür von vielen schon als „baka yaro“ beschimpft worden, als „Hurensohn“.

Um so verheerender erscheint Nippons Außenhändlern das jüngste Rekordniveau. Daisaku Hanao, Generaldirektor des größten japanischen Stahlproduzenten Nippon Steel, sagt, was auch die meisten seiner Kollegen finden: Es sei „unmöglich, mit einem Kurs von 170 Yen zum Dollar normal zu arbeiten“.

Das gilt besonders für die Hersteller einfacher Produkte, die keinen Konkurrenzvorteil durch hochwertige Technologie besitzen. Reihenweise gingen in den letzten Monaten kleine Firmen pleite, die Spielzeug, Textilien, Fahrradteile,



Monaten des Jahres 1985 die Firma 52 Milliarden Yen (jetzt 700 Millionen Mark) gekostet habe – bei einem Halbjahresgewinn in Höhe von insgesamt 221 Milliarden Yen.

Vorerst können Japans Großkonzerne die Minuszahlen noch wegstecken. Auf Dauer jedoch wird es schwierig; denn ihr Geld verdienen viele der Industriegiganten vornehmlich im Ausland.

Die Fahrzeugfirma Honda beispielsweise verkauft rund 70 Prozent ihrer Produktion im Ausland, beim Unterhaltungselektronik-Konzern Sony sind es über zwei Drittel. Der Autohersteller Nissan, dessen Exportanteil bei 58 Prozent liegt, plant bereits, mit einem Sparprogramm die Exporterlös-Einbußen auszugleichen. Die Bezüge der Topmanager wurden um zehn Prozent gekürzt, den mittleren Angestellten wurden Vergünstigungen gestrichen.

Ob Autobauer, Videohersteller oder Stahlproduzenten – für alle Exporteure

Haushaltskeramik oder Schneidwaren für den Export produzierten.

In der Stadt Seki, dem deutschen Solingen in der jahrhundertealten Tradition der Schneidwaren-Fertigung vergleichbar, herrscht Krisenstimmung: „In der Zukunft“, weiß Akira Hasegawa vom Verband der Schneidwaren-Industrie, „wird das, was wir hier herstellen, von Korea und Taiwan gemacht.“

Daß es angesichts des hohen Yen-Kurses auf Dauer billiger ist, vieles in den benachbarten Schwellenländern zu produzieren, glauben inzwischen auch die Chefs der Großkonzerne.

Der Elektro-Gigant Matsushita will künftig alle Produkte, die weniger als 100 Dollar wert sind, in Taiwan und Singapur fertigen. Der Lautsprecher-Produzent Tamon hat sich entschlossen, seinen Marken-Namen auf Boxen aus Korea und Taiwan zu drücken.

Viele Elektronik-Komponenten für TV-Geräte und Videorecorder, die bis-

lang in Japan produziert wurden, sollen durch Erzeugnisse aus den billigeren Nachbarländern ersetzt werden.

Hitachi-Direktor Takeo Miura will Zubehör bei den Nachbarn bestellen, wenn dies kostengünstiger ist, „auch dann, wenn unsere eigene Zulieferfertigung darunter leidet“. Der Präsident des Kamera-Produzenten Canon meint, es sei „jetzt wirklich Zeit, Teile bei den Schwellenländern zu kaufen“.

Überlebenschancen sehen viele japanische Manager nur noch, wenn es ihnen gelingt, technologisch besonders hochwertige Produkte zu entwickeln – eine Erkenntnis, zu der Deutschlands Manager unter dem japanischen Konkurrenzdruck längst gekommen sind. „In Zukunft“, urteilt Miti-Berater Naohiro Amaya, „wird der Konkurrenzkampf zwischen effizienten Arbeitern in Korea und Taiwan und japanischen Robotern ausgetragen.“

Um die Yen-Aufwertung etwas abzufedern, sind Japans Manager nun verstärkt darum bemüht, mit Fabriken ins Ausland abzuwandern.

Mitsubishi Motors beeilte sich, die vorgesehene Produktionskapazität für seine Gemeinschafts-Unternehmen mit Chrysler in den USA aufzustocken. Nissan zog die geplante Inbetriebnahme einer Fabrik in Großbritannien um zwei Jahre auf 1988 vor. Der Gummi-Konzern Sumitomo Rubber, zu dem auch Dunlop gehört, will seine Reifenexporte von Europa aus in die USA verdoppeln.

Unterdes denken Japans Politiker darüber nach, ob das Land sein Ziel wie bisher in immer neuen Export-Rekorden suchen soll. Ministerpräsident Nakasone sieht Japan an einer „historischen Wende“. „Jetzt komme es darauf an, nach innen zu blicken: Bessere Wohnungen müßten her, Kanalisation, mehr Straßen, höhere Löhne, mehr Freizeit und ein schöneres Leben überhaupt.“

Die Zeit sei reif, wußte Nakasone, um Japans exportorientierte Wirtschaft „umzuwandeln“ und mehr auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung auszurichten. Wie ernst es der Regierungschef damit meint, ist nicht sicher auszumachen. Das alles sei nur „fürs Schau-fenster“, um den von der japanischen Warenflut überdrüssigen Handelspartnern zu gefallen, höhnte Industrieverbandschef Yoshihiro Inayama.

Wie auch immer: Mit einem weiteren Höhenflug des Yen – Amerikanern und Europäern wäre ein Kurs von 150 durchaus lieb –, der Japans Exportwunder weiter zum Verblässen brächte, mögen sich Tokios Yen-Jongleure denn doch nicht abfinden.

„Nur Gott weiß, wie der Wechselkurs künftig aussehen wird“, sagte Finanzminister Takeshita kürzlich. Auf die Frage, ob er eine nochmalige Aufwertung von 20 Prozent für möglich halte, antwortete der Finanzchef fest: „Das wird Gott nicht zulassen.“



Jean-Charles de Castelbajac,  
Paris, Avenue Robert Schuman

# Ein Modeschöpfer gibt einer Herrenlinie seinen Namen.



## JEAN-CHARLES DE CASTELBAJAC

Exclusive 4711

Eau de Cologne · After Shave · Pre Shave · Rasierschaum · Rasiercreme · Gesichtscreme  
Herrenseife · Shampoo · Duschgel · Körperlotion · Schaumbad · Deo



Immer ein gutes Zeichen